

Tod in der Zelle: Der »tiefe Staat« im Fall Jalloh

von Susan Bonath

Am 7. Januar werden sich in Dessau erneut ein paar hundert Menschen versammeln, um dem Tod von Oury Jalloh zu gedenken. An diesem Tag vor genau elf Jahren starb der damals 36jährige Flüchtling aus Sierra Leone: Er verbrannte, an Händen und Füßen gefesselt, in Zelle 5 des Dessauer Polizeireviers binnen 20 Minuten bis zur Unkenntlichkeit.

Schon früh geriet die von sachsen-anhaltischen Ermittlungsbehörden bereits zwei Stunden nach dem Brand verkündete These, der Afrikaner habe sich selbst angezündet, ins Wanken. Jetzt häufen sich die Indizien für Mord. Als Täter kommen nur Polizeibeamte in Frage. Das aber ignorieren die staatlichen Ermittler. Nach dreieinhalb Jahren intensiver Recherche halte auch ich einen Selbstmord für ausgeschlossen. Es gibt Spuren, die ins Neonazimilieu führen, Hinweise auf Verbindungen von Beamten in dieses. Ich stieß auf ein behördliches Schweigekartell, institutionellen Rassismus, ignorante Staatsanwälte, verzweifelte Familienangehörige, auf eigene Kosten ermittelnde Aktivisten, verstörte Polizisten und zwei weitere unnatürliche, bis heute ungeklärte Todesfälle in diesem Revier. Ein Blick auf den Fall Oury Jalloh ist auch ein Blick in den »tiefen Staat«, ähnlich der »Never Ending Story« NSU.

Was man inzwischen weiß

Das Feuerzeug, mit dem sich Jalloh nach offizieller Version selbst angezündet haben soll, war nie in der Todeszelle. Auf großen Druck der Opferanwälte und der Oury-Jalloh-Initiative eingeleitete Untersuchungen ergaben, dass dem »Beweisstück« weder Spuren aus dieser noch vom Verbrannten selbst anhafteten. Stattdessen fand das LKA Baden-Württemberg im Sommer 2014 eingeschmolzene Textilfasern anderer Art daran sowie Tierhaare, die von einem Polizeihund stammen könnten. Ergo muss das Utensil manipuliert worden sein. Dafür spricht auch, dass es bei der Tatortsicherung nicht gefunden wurde. Angeblich hat ein LKA-Mitarbeiter aus Sachsen-Anhalt das Feuerzeug drei Tage nach dem Brand in einer Asservatentüte entdeckt. Dies ist aber nicht beweiskräftig dokumentiert.

In zwei Prozessen (2007 – 2008 vor dem Landgericht Dessau, 2011 – 2012 vor dem Landgericht Magdeburg) konnte wegen verschwundener Beweismittel das Geschehen in der Zelle nicht mehr rekonstruiert werden. Die Polizei hatte Dienstpläne, Fahrtenbücher, Polizeijournale und eine Handfessel vernichtet. Das Tatortvideo bricht nach vier Minuten ab. Der Dessauer Richter Manfred Steinhoff bezichtigte die Beamten im Zeugenstand nach der Verkündung des Freispruchs der angeklagten Polizisten Hans-Ulrich M. und Andreas S. der Lüge. Sie hätten »ein rechtsstaatliches Verfahren verunmöglicht«. Im zweiten Prozess gestand der Polizist Torsten B., wenige Minuten vor dem Brand seine Kollegen Hans-Ulrich M. und Udo S. bei dem Gefangenen gesehen zu haben. Anders, als die stellvertretende Dienstgruppenleiterin Beate H. beteuert hatte, habe das spätere Opfer ruhig dagelegen. War der Gefangene schon vorher tot?

Medizinische Gutachten legen nahe, dass Jalloh vor Brandausbruch mindestens bewusstlos war. Denn er hatte kein Kohlenmonoxid im Blut, was zwangsläufig der Fall gewesen wäre, hätte er Rauch eingeatmet. Wenn er durch die Flammen starb, kann

dies nur durch einen explosionsartigen Brandausbruch binnen Sekunden geschehen sein. Die Matratze war jedoch feuerfest ummantelt, ein solcher Ausbruch wäre ohne Brandbeschleuniger ebenso wenig möglich, wie ein fast vollständiger Abbrand der gesamten, sehr geringen Brandlast in nur 20 bis maximal 30 Minuten. Dies hatte auch der 2013 von der Oury-Jalloh-Initiative, gegründet 2005 von dessen früherem Freund Mouctar Bah, angeheuerte und in Irland praktizierende Brandexperte Maxsim Smirnou konstatiert. In seinen Abbrandversuchen in einer nachgebauten Zelle mit einem Imitat der Originalmatratze und einem Schweinekadaver fand er heraus: Das drastische Ergebnis kann nur mit beschleunigenden Mitteln wie Benzin zustande gekommen sein. Dies zwang die Staatsanwaltschaft Dessau dazu, neu zu ermitteln. Der Generalbundesanwalt, bei dem die Initiative zuvor eine Anzeige wegen Mordverdachts gestellt hatte, fühlte sich nicht zuständig.

Ferner hatte sich die Staatsanwaltschaft 2005 geweigert, die Leiche gerichtsmedizinisch auf Verletzungen röntgen zu lassen. Die Initiative sammelte Spenden und finanzierte selbst eine solche im rechtsmedizinischen Institut Frankfurt am Main. Heraus kam: Das Nasenbein und die Siebbeinplatte des Opfers waren gebrochen, die Trommelfelle gerissen; Gewalteinwirkung ist wahrscheinlich.

Zwei weitere Todesfälle

Nach dem Tod von Oury Jalloh stellte die Polizei ein seit gut zwei Jahren laufendes internes Verfahren gegen den damaligen Dienstgruppenleiter Andreas S. ein. Man wollte ihn laut Ermittlungsakten zum Fall Jalloh »nicht doppelt belasten«. Es ging um den mysteriösen Tod des Obdachlosen Mario Bichtemann Ende Oktober 2002 in derselben Zelle. Bichtemann wurde wie Jalloh trotz hohen Alkoholspiegels durch den noch heute in Dessau praktizierenden Arzt Andreas B. für hafttauglich erklärt. Stunden nach der Festnahme fand man ihn tot auf der Pritsche. Er starb an einem Schädelbruch. Fast in Vergessenheit geraten ist zudem ein weiterer Fall in dem Revier: 1997 wurde der Dessauer Hans-Jürgen Rose nach seiner Ingewahrsamnahme entlassen. Wenige Meter neben der Polizeistation brach er zusammen und starb. Ärzte registrierten schwerste innere Verletzungen. Wurden beide Opfer von Beamten misshandelt, wie möglicherweise auch Oury Jalloh? Das kam nie heraus, die Fälle hielt man weitgehend öffentlich geheim.

Kontakte in radikal rechte Milieu

Anfang der 2000er Jahre berichteten lokale Medien häufig über regelrechte Jagden, die die Polizei in der Stadt auf Flüchtlinge machte. Aus Zeugenberichten in den Ermittlungsakten geht hervor, dass Polizisten offenbar Kontakte in die gut aufgestellte neofaschistische Szene hatten. Einer, explizit in einer Strafanzeige als Tatverdächtiger benannt, soll deshalb in ein anderes Revier versetzt worden sein. Befragt wurde er laut Akten nie, die Staatsanwaltschaft vernahm nur die Anzeigenerstatter und durchsuchte die Wohnung eines Hinweisgebers. Auch ein Justizangestellter, der einem Polizisten die Brandlegung vorwarf, wurde nach meinen Informationen mit einem Disziplinarverfahren überzogen. Heute schweigt er.

Der damalige Innenminister, Vorgesetzter der Polizeibehörde, hat alles andere als eine weiße Weste. Klaus-Jürgen Jeziorsky (CDU), hatte in seinem Wohnort, ein kleines Dorf im Salzlandkreis, nachweislich Kontakte zum Heimatbund Ostelbien, eine bekannte Neonazikameradschaft. Die in Halle erscheinende Mitteldeutsche Zeitung veröffentlichte 2006 ein Foto, auf dem er mit den braunen Jungs posierte. Er soll sie auch gefördert und vor Überwachung geschützt haben. Bemerkenswert: in dem kleinen Ort mit 900 Einwohnern lebten mindestens fünf Mitarbeiter des

Landesverfassungsschutzes. Das Innenministerium war die erste Behörde, die die Selbstmordthese etabliert hatte. Später ignorierte es Aufzeichnungen von rassistischen Eskapaden im Dessauer Revier, die im Magdeburger Prozess auf den Tisch kamen.

Schweigen der Lämmer

Seit nunmehr elf Jahren ist die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau für den Fall zuständig. Der Versuch, die Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft zu übergeben, scheiterte am Unwillen dieser. Obwohl als Täter nur Polizisten in Frage kommen, da niemand anders Zugang zum Zellentrakt des Reviers hatte, deklarierte sie den Fall Anfang 2014 als nicht staatstragend. Die Dessauer Behörde strotzt indes seit Jahren nicht gerade vor Ermittlungseifer. Kein Wunder: Die Oury-Jalloh-Initiative, die auch Kontakt zu den in Guinea lebenden Verwandten des Opfers hat, traut ihr und dem Staat nicht mehr über den Weg. Fast 100.000 Euro hat sie inzwischen für drei eigene Gutachten ausgegeben; das Geld stammt aus Spenden. Doch die nur dadurch nicht in der Schublade versenkten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen schleppen sich dahin. Auf meine Pressenachfragen kommen keine oder abweisende Antworten. Expertenanalysen, die von dort beauftragt wurden und einen Mord nahelegen (liegen mir vor), werden behandelt, als gebe es sie nicht.

Ein Grund für Geheimhaltung nennt der zuständige Oberstaatsanwalt Folker Bittmann nicht. Er erklärt nicht, warum Zeugen, die ganz offensichtlich gelogen haben, nicht erneut vernommen werden, weshalb man die tatsächliche Herkunft des Feuerzeuges nicht zu analysieren versucht, wieso die von Zeugen Beschuldigten unbehelligt bleiben und aus welchem Grund keine neuen Brandversuche, wie von mehreren Experten angeraten, stattfinden. Er sagt nicht, warum nicht endlich eine auswärtige Mordkommission eingesetzt wird.

Hintergründe

Oury Jalloh, geboren 1968 in Kabala, kam 1998 aus Guinea nach Deutschland. Zuvor war seine Familie vor dem Bürgerkrieg aus Sierra Leone geflohen. Kurz vor ihrem Tod im Sommer 2012 berichtete mir Jallohs Mutter Mariama von der dramatischen Flucht, dem Hunger, ihrer Mittellosigkeit. Die Familie habe sich Geld zusammen geborgt, damit der älteste Sohn Oury nach Europa gehen konnte. Sie hoffte, dass er mit dort verdientem Geld Mutter und Geschwistern helfen könne, über die Runden zu kommen. Es kam anders: In Sachsen-Anhalt angekommen, verbrachte der Flüchtling Jahre in Mehrbettzimmern in Asylheimen, ohne Arbeitserlaubnis. Das bedeutete: Kost und Logis, rund 40 Euro Taschengeld im Monat. Irgendwann begann der Flüchtling, sein Budget durch Cannabis-Handel aufzubessern. Er wurde erwischt, galt als vorbestraft.

2001 war Oury Jalloh Vater eines Sohnes geworden. Es gibt ein Foto, auf dem er ihn kurz nach der Geburt in den Armen hält. Doch die Eltern der jungen Mutter überredeten sie, das (schwarze) Kind zur Adoption freizugeben. Der Flüchtling wurde nicht gefragt. Bis zu seinem Tod versuchte er, seinen Sohn zurückzubekommen, wie Mouctar Bah, der in Dessau ein Telecafé betrieb, weiß.

Die Nacht vor seinem Tod soll Jalloh in einer Diskothek verbracht haben. Schwer angetrunken sprach er am nächsten Morgen Ein-Euro-Jobberinnen der Stadtreinigung an, fragte, ob er mit ihrem Handy telefonieren dürfe. Sie fühlten sich belästigt, riefen die Polizei. Die Beamten Hans-Ulrich M. und Udo S. nahmen ihn in Gewahrsam. Mit fast drei Promille fesselten sie ihn in der Zelle rücklings auf die feuerfest umhüllte Matratze. Vier Stunden später war er bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Seine Arme

und Beine hingen noch in den Fesseln, als die Feuerwehr den grausigen Fund machte. Die Polizei hatte ihr zuvor nichts von einer fixierten Person am Brandort erzählt.

Im Magdeburger Urteil vom 13. Dezember 2012 konstatierte das Gericht, dass die Festnahme rechtswidrig war, zumal kein Richter hinzugezogen wurde. Doch das wurde beiseite gewischt, kam nicht zur Anklage. Dienstgruppenleiter Andreas S. habe das Gesetz nicht gekannt, rechtfertige man dies. Heute ist S. weiterhin im Polizeidienst beschäftigt, so wie andere damals Anwesende ebenfalls. Zumindest einige von ihnen dürften mehr wissen, als sie im Zeugenstand sagten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) übernahm für S. sämtliche Gerichtskosten sowie die Geldstrafe in Höhe von 10.800 Euro wegen fahrlässiger Tötung.

Wo hört die Vertuschung auf?

Die hier genannten Indizien sind nur ein kleiner Teil der Fakten, die dafür sprechen, dass der Flüchtling von Polizeibeamten angezündet und verbrannt wurde. Dass die Staatsanwaltschaft vorgibt, keine Spur zu finden und weiterhin auf Selbstmord beharrt, dürfte nicht an deren Unvermögen liegen. Vielmehr stellt sich die Frage: Was müsste geschehen, käme sie nicht umhin, öffentlich von Mord zu sprechen? Dann müsste nicht nur ein Täter gesucht, sondern ein behördliches Schweigekartell aufgedeckt werden, das weit über die Polizei hinausreicht. Über mehr als ein Jahrzehnt mitwissende Beamte müssten aus dem Verkehr gezogen werden. Dann sollte man auch den ungeklärten Todesfällen Bichtemann und Rose wieder nachgehen. Was haben sie mit dem Fall Jalloh zu tun? Mögliche Verbindungen ins rechtsextreme Milieu von hohen Staatsbeamten wären zu untersuchen. Wer deckt wen aus welchem Grund? Wer weiß was? Welche Rolle spielen Innenministerium, Verfassungsschutz, Justiz? Vor allem: Wo hören Beihilfe zum Mord und Vertuschung von Kapitalverbrechen auf?